

II-5639 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2883/J

1988 -10- 28

A n f r a g e

der Abg. Dr. Dillersberger, Dr. Ofner, Dr. Gugerbauer  
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Kontrolle der Sonderabfallsammler und -entsorger

Den "Salzburger Nachrichten" vom 21.9.1988 ist zu entnehmen, daß der  
Landeshauptmann von Oberösterreich die Sondermüllskandale der letzten  
Zeit zum Anlaß nimmt, um eine Überprüfung der rund 50 Sonderabfallsammler  
in diesem Bundesland auf Einhaltung der bescheidmäßigen Vorschriften  
anzuordnen. Bei Mängeln werde es Konsequenzen geben, kündigte er an.

Im Gegensatz dazu ruft der niederösterreichische Landeshauptmannstellvertreter  
und Umweltschutzreferent den "Entsorgungsnotstand" aus, wohl wissend, daß  
gerade niederösterreichische Landesbeamte Mißstände im Deponiewesen jahre-  
lang unbeachtet ließen. Hilfestellung zu dieser zynischen Argumentation  
bekommt er von der Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie,  
die das Problem per Verfassungsgesetznovelle und Überwälzung der Kosten  
für die Sanierung der Altlasten von mindestens zehn Milliarden Schilling  
auf die Allgemeinheit, sprich die Steuerzahler, zu lösen gedenkt.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an die  
Frau Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist Ihrem Ressort bekannt, welche Bundesländer außer Oberösterreich  
die Sondermüllskandale der letzten Zeit zum Anlaß nehmen, eine Über-  
prüfung der Sonderabfallsammler auf Einhaltung der bescheidmäßigen  
Vorschriften durchzuführen ?
2. Werden Sie sicherstellen, daß diese Überprüfungen vor dem Inkrafttreten  
der Verfassungsgesetznovelle abgeschlossen und exekutiert werden können ?
3. Wie lautet die Stellungnahme Ihres Ressorts zu den durch jahrelange  
Unterlassungen von niederösterreichischen Behörden entstandenen Mißständen  
im Deponiewesen ?
4. Werden Sie versuchen, zumindest einen Teil der für die Sanierung der  
Altlasten erforderlichen Kosten im Wege von Amtshaftungsklagen hereinzubringen ?